

## Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 19. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 25.09.2023:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreisausschusses am 05.06.2023	Anerkannt	
2.	Einwohnerfragestunde		
3.	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
3.1	Bildung des Wahlausschusses des Rhein-Sieg-Kreises gem. § 2 Abs. 3 S. 1 Kommunalwahlgesetz		
3.2	Inklusions-Fachbeirat; hier: Wahl einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	288/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 15
3.3	Neubestellung in den Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Rhein-Sieg-Kreis und in der Stadt Troisdorf durch die Bezirksregierung Köln zum nächstmöglichen Zeitpunkt	289/23 Zustimmung	Einstimmig, Seite 15
3.4	Nach- und Umbesetzungen in Gremien	290/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 16,17

3.4.1	Nachbesetzung im RadRegionRheinland e.V.	291/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 17
3.5	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 19.09.2023: Nachbesetzungen in Ausschüs- sen und Gremien	292/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 17,18
3.6	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 22.09.2023: Umbesetzung im RSVG-Auf- sichtsrat	293/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 18
3.7	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.09.2023: Umbesetzungen von Ausschüs- sen	294/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 19
4.	Anträge der Fraktionen		
4.1	Resolutionsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNEN, SPD und FDP vom 24.07.2023: Finanzierung der Betreuungsvereine und der Betreuerinnen und Betreuer sicherstellen	295/23 Vertagt in den KT	Einstimmig, Seite 20
4.2	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, GRÜNEN und FDP vom 14.08.2023: Re- solution gegen eine Zuständigkeitsverlage- rung des Personenkreises U 25 aus dem SGB II in das SGB III und für eine auskömmliche Mittelausstattung der Jobcenter	Änderungsan- trag SPD 296/23 Ablehnung  Antrag CDU, GRÜNE, FDP 297/23 Zustimmung	MB./ SPD, Enth. LINKE, Seite 22  Einstimmig, Enth. SPD, LINKE, Seite 22
4.3	Resolutionsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD und FDP vom 07.09.2023: Erneute Resolution zur Geburtshilfe im Rhein-Sieg-Kreis	298/23 Vertagt in den KT	Einstimmig, Seite 23

4.4	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.08.2023: Ausbau der PiA - Ausbildungskapazitäten im Rhein-Sieg-Kreis	299/23 Verweis in den Ausschuss für Schule und Bildungskoordinierung	Einstimmig, Seite 25
4.5	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.09.2023: Drittes Frauenhaus für den Rhein-Sieg-Kreis	300/23 Verweis in den Ausschuss für Soziales und Integration	MB./ SPD, Seite 28
4.6	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.09.2023: Kita-Kollaps verhindern	301/23 Verweis in den Jugendhilfeausschuss	Einstimmig, Seite 28
4.7	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 19.08.2023: Resolution "Unkontrollierte Immigration"	Von der TO abgesetzt	
4.8	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 19.08.2023: Deutsche Rechtschreibung	Von der TO abgesetzt	
4.9	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.09.2023: Bonn-Berlin-Vertrag		
5.	Bericht der Stabstelle 05 Wiederaufbau	Kenntnisnahme	
6.	Kulturlandschaftsprogramm des Rhein-Sieg-Kreises: Änderung des Kulturlandschaftsprogramms des Rhein-Sieg-Kreises	302/23 Zustimmung	Einstimmig, Seite 29
7.	Landschaftspläne		
7.1	1. Änderung Landschaftsplan Nr. 1 „Nieder-kassel“	303/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 30

7.2	Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 3 "Alfter", Durchführung der Öffentlichen Auslegung	304/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 31
8.	Anschlussförderung Gigabitkoordination	305/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 31
9.	Naturarena Bergisches Land GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages	306/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 32
10.	Zweckverband Naturpark Rheinland; Erhöhung der Umlage 2024	307/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 32
11.	Verkehr und Mobilität		
11.1	Fortschreibung des Nahverkehrsplans im Rahmen der 5-Jahres-Strategie ÖPNV	308/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 33
11.2	Bürgerradweg L86	309/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 33,34
12.	Regionale Beethoven-Kultur - Zukunftskonzept; Verwendung der Restmittel von BTHVN 2020; Aktualisierung	310/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 34
13.	Fortschreibung Rettungsdienstbedarfsplan 2023	311/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 35
14.	Bildung einer Trägergemeinschaft zur Einführung eines Telenotarztsystems für die Bundesstadt Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis	312/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Seite 35
15.	Befreiung von der Aufstellung des kommunalen Gesamtabschlusses per 31.12.2022	313/23 Empfehlung an KT	Einstimmig, Enth. LINKE, Seite 36

16.	Kenntnisnahme von Niederschriften		
16.1	Kenntnisnahme von den Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses für Schule und Bildungs koordinierung am 04.05.2023 und 13.06.2023	Kenntnisnahme	
16.2	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 09.05.2023	Kenntnisnahme	
16.3	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 15.05.2023	Kenntnisnahme	
16.4	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 22.05.2023	Kenntnisnahme	
16.5	Kenntnisnahme von den Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Bau- und Vergabeausschusses am 24.05.2023, 21.06.2023 und 17.08.2023	Kenntnisnahme	
16.6	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.05.2023	Kenntnisnahme	
16.7	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus am 30.05.2023	Kenntnisnahme	
16.8	Kenntnisnahme von den Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 01.06.2023 und 05.07.2023	Kenntnisnahme	

16.9	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 15.06.2023	Kenntnisnahme	
16.10	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 11.05.2023	Kenntnisnahme	
16.11	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 3. Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 22.03.2023	Kenntnisnahme	
16.12	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 10.05.2023	Kenntnisnahme	
17.	Mitteilungen und Anfragen  <b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
18.	Bestellung zur Leiterin des Dezernates 2	314/23 Zustimmung	MB./ SPD, Enth. LINKE, Seite 42
19.	Beförderung	315/23 Zustimmung	Einstimmig, Seite 42
20.	Beförderung	316/23 Zustimmung	Einstimmig, Seite 43
21.	Beförderung	317/23 Zustimmung	Einstimmig, Seite 43

22.	Kenntnisnahme von Niederschriften		
22.1	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 22.05.2023	Kenntnisnahme	
22.2	Kenntnisnahme von den Niederschriften über den nichtöffentlichen Teil der Sitzungen des Bau- und Vergabeausschusses am 24.05.2023, 21.06.2023 und 17.08.2023	Kenntnisnahme	
22.3	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus am 30.05.2023	Kenntnisnahme	
22.4	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der 1. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz und des Bau- und Vergabeausschusses am 21.06.2023	Kenntnisnahme	
22.5	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 15.06.2023	Kenntnisnahme	
22.6	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 10.05.2023	Kenntnisnahme	
23.	Mitteilungen und Anfragen		

## Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 19. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 25.09.2023:

---

**Sitzungsbeginn:** 16.00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17.20 Uhr  
**Ort der Sitzung:** Raum B 1.12  
**Datum der Einladung:** 13.09.2023  
**Einladungsnachtrag vom:** 21.09.2023

### Anwesende Mitglieder:

Landrat (Vorsitzender)  
Herr Sebastian Schuster

Kreistagsfraktion CDU  
Herr Jürgen Becker  
Herr Dr. Torsten Bieber  
Herr Björn Franken  
Herr Himmelrath  
Herr Michael Söllheim  
Herr Andreas Sonntag

Kreistagsfraktion GRÜNE  
Frau Michaela Balansky  
Herr Horst Becker  
Frau Nina Droppelmann  
Herr Ingo Steiner

Kreistagsfraktion SPD  
Frau Ute Krupp  
Frau Katja Ruiters  
Herr Denis Waldästl

Kreistagsfraktion FDP  
Herr Christian Koch

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Kreistagsfraktion AfD

Herr Heinz Gernot Schäfer

Gruppe im Kreistag DIE LINKE

Herr Michael Otter

Schriftführer

Herr Dirk Kassel

**Entschuldigt fehlten:**

Kreistagsfraktion CDU:

Frau Notburga Kunert

Gruppe DIE LINKE:

Herr Frank Kemper

Vertreter/innen der Verwaltung:

Frau Udelhoven

Frau Thiel

Frau Milde

Herr Hahlen

Frau Rosenstock

Herr Dr. Rudersdorf

Herr Wagner

Herr Grünhage

Herr Nitschke

Frau Schlich

Frau Mischker

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Herr Dahm (Kreistagsbüro)

Frau Ortsiefer (Kreistagsbüro)

Frau Severins (Auszubildende Kreistagsbüro)

Vertreter der Presse

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

### Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten
---

Der Landrat eröffnete die 19. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßte die Anwesenden.

Er verwies auf die Einladung vom 13.09.2023, auf den Einladungsnachtrag vom 21.09.2023, auf die Tischvorlage 1 vom 22.09.2023 sowie auf die Tischvorlagen 2 und 3 vom 25.09.2023. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Der Landrat teilte mit, dass sich folgende Kreisausschussmitglieder für die heutige Sitzung entschuldigt hätten:

Notburga Kunert (CDU)  
Frank Kemper (LINKE)

Vertretung: Dano Himmelrath  
Vertretung: Michael Otter

Anschließend vereidigte der Landrat Herrn Dano Himmelrath.

Zur Tagesordnung schlug der Landrat vor, diese um Tagesordnungspunkt 3.6 „Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 22.09.2023: Umbesetzung im RSVG-Aufsichtsrat“ sowie um TOP 3.7 „Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.09.2023: Umbesetzungen von Ausschüssen“ zu erweitern.

B.-Nr.  
285/23

Der Kreisausschuss erweitert die Tagesordnung um die vorgenannten Tagesordnungspunkte 3.6 und 3.7.

Abst.-  
Erg.:

Einstimmig.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Weiter schlug der Landrat vor, die Tagesordnungspunkte 4.7 und 4.8 von der Tagesordnung abzusetzen.

Begründung:

TOP 4.7: Die vorgeschlagene Beschlussfassung einer Resolution ist unzulässig, da es sich um allgemeinpolitische Anregungen zur Gesetzgebung des Bundes zum Aufenthaltsrecht handelt, die keinen spezifischen örtlichen Bezug zum Rhein-Sieg-Kreis gemäß § 2 KrO NRW haben. Damit sind sie der Befassung durch den Kreistag entzogen.

Darüber hinaus handelt das Ausländeramt als untere staatliche Verwaltungsbehörde. Sie unterliegt demnach nicht der kommunalen Selbstverwaltung. Eine Beschlussfassung durch den Kreistag ist somit entzogen.

Begründung:

TOP 4.8: Bei der im Antrag aufgeführten Thematik handelt es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne des § 42 a der Kreisordnung NRW. Die Grundsätze des Schriftverkehrs sind in der Geschäfts- und Dienstordnung des Rhein-Sieg-Kreises festgelegt.

Es handelt sich demnach um keine Angelegenheit, die in die Entscheidungskompetenz des Kreistages fällt.

KTM Schäfer sagte, er lehne beide Vorschläge ab, da er der Ansicht sei, dass Resolutionsanträge unabhängig davon gestellt werden können, ob der Kreis den direkten Einfluss habe oder nicht.

Das sei in anderen Fällen in anderen Parteien ebenso der Fall. Er sei der Meinung, dass der Kreistag sehr wohl ein Einfluss haben sollte auf den Ablauf in der Verwaltung sofern der Ablauf in der Verwaltung auch in politische Bereiche reinspiele.

Das sehe er beim Sprachgebrauch und im Umgang mit der deutschen Sprache als gegeben an.

Dann ließ der Landrat über die Absetzung der beiden Tagesordnungspunkte abstimmen.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.      Der Kreisausschuss setzt die Tagesordnungspunkte 4.7 und 4.8 von der Tagesordnung ab.  
286/23

Abst.-  
Erg.:      MB./ . AfD.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Dann ließ der Landrat insgesamt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

B.-Nr.      Der Kreisausschuss stimmt der geänderten Tagesordnung zu.  
287/23

Abst.-  
Erg.:      MB./ . AfD.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

1	Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreisausschusses am 05.06.2023	
---	---	--

Der Landrat teilte mit, dass Einwendungen nicht erhoben worden seien. Die Niederschrift gelte somit als anerkannt.

2	Einwohnerfragestunde	
---	----------------------	--

Der Landrat informierte, dass Einwohneranfragen nicht vorliegen.

3	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
---	--	--

3.1	Bildung des Wahlausschusses des Rhein-Sieg-Kreises gem. § 2 Abs. 3 S. 1 Kommunalwahlgesetz	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

KTM Steiner teilte mit, dass die Benennung der Beisitzer/innen zur Sitzung des kommenden Kreistages erfolge.

KTM Schäfer sagte, eine Benennung erfolge ebenfalls in der Sitzung des Kreistages.

Daraufhin schlug der Landrat vor, dass die Bildung des Wahlausschusses des Rhein-Sieg-Kreises in der kommenden Sitzung des Kreistages erfolge. Hierüber bestand Einvernehmen.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

3.2	Inklusions-Fachbeirat; hier: Wahl einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses Inklusion und Gesundheit.

**B.-Nr.**      Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:  
**288/23**

Die stellvertretende Vorsitzende des Inklusions-Fachbeirates, Frau Liane Thiemann, wird zur sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit bestellt.

**Abst.-**  
**Erg.:**      Einstimmig.

3.3	Neubestellung in den Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Rhein-Sieg-Kreis und in der Stadt Troisdorf durch die Bezirksregierung Köln zum nächstmöglichen Zeitpunkt	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

**B.-Nr.**      Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:  
**289/23**

Der Rhein-Sieg-Kreis stimmt der von der Bezirksregierung Köln beabsichtigten Neubestellung in den Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Rhein-Sieg-Kreis und in der Stadt Troisdorf zu.

Es soll bestellt werden als  
stellvertretendes vorsitzendes Mitglied:

Herr Verm.-Ass. Dipl.-Ing. Till Baberg, Niederkassel

**Abst.-**  
**Erg.:**      Einstimmig.



19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**5. Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Rheinbach mbH (WFEG)**  
**Stellvertretung: VA Höweler, Marvin**

Abst.-

Erg.: Einstimmig.

3.4.1	Nachbesetzung im RadRegionRheinland e.V.	
-------	--	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

B.-Nr. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Nachbesetzungen aus der Verwaltung, für den RadRegionRheinland e.V., zu beschließen:

291/23

Mitglied:  
 WF'in Rosenstock, Regina  
 men

Stellvertretung:  
 VA Döhnert, Carmen

Abst.-

Erg.: Einstimmig.

3.5	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 19.09.2023: Nachbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

B.-Nr. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Umbesetzungen zu beschließen:

292/23

Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung  
 Eva Vendel wird anstelle von Renate Becker-Steinhauer Sachkundige Bürgerin im Ausschuss.

Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH, RSVG – Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung  
 Andreas Sonntag wird anstelle von Renate Becker-Steinhauer Mitglied im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der RSVG.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Bus- und Bahn-Verkehrsgesellschaft des Rhein-Sieg-Kreises mbH, BBV – Gesellschafterversammlung**

Andreas Sonntag wird anstelle von Renate Becker-Steinhauer stellvertretendes Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Bus- und Bahn-Verkehrsgesellschaft des Rhein-Sieg-Kreises mbH.

**Rechtsrheinische Busverkehrsgesellschaft mbH (RBV) – Gesellschafterversammlung**

Andreas Sonntag wird anstelle von Renate Becker-Steinhauer stellvertretendes Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Rechtsrheinische Busverkehrsgesellschaft mbH.

**Abst.-**

**Erg.:** Einstimmig.

3.6	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 22.09.2023: Umbesetzung im RSVG-Aufsichtsrat	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

**B.-Nr.** Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Umbesetzung zu beschließen:  
**293/23**

**RSVG-Aufsichtsrat**

Der Abgeordnete Felix Keune wird statt der Abgeordneten Silke Josten-Schneider stellvertretendes Mitglied.

**Abst.-**

**Erg.:** Einstimmig.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
3.7	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.09.2023: Umbesetzungen von Ausschüssen	

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.

**B.-Nr.**      Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Umbesetzungen zu  
**294/23**      beschließen:

**Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft**  
Herr Ibrahim Kenneth (SKB) wird anstelle von Herrn Tobias Tüns (SKB) neues Mitglied im Ausschuss.

**Jugendhilfeausschuss**  
Frau Katja Ruiters wird anstelle von Frau Tatjana Ortmann neues ordentliches Mitglied im Ausschuss.  
Herr Ibrahim Kenneth (SKB) wird neuer persönlicher Stellvertreter von Frau Nicole Männig-Güney anstelle von Frau Claudia Engler (SKB).

**Ausschuss für Inklusion und Gesundheit**  
Frau Tatjana Ortmann wird anstelle von Frau Kristina Görlitz (SKB) neues ordentliches Mitglied.

**Abst.-**  
**Erg.:**      Einstimmig.

4	Anträge der Fraktionen	
---	------------------------	--

Bezüglich der Handhabung der nachfolgenden Resolutionsanträge schlug der Landrat vor, eine Beratung in der kommenden Sitzung des Kreistages durchzuführen. Es betreffe die Resolutionsanträge, die ebenfalls auf der Tagesordnung des Kreistages stünden.  
Der Resolutionsantrag zum Thema Zuständigkeitsverlagerung des Personenkreises U 25 aus dem SGB II in das SGB III werde in der heutigen Sitzung beraten.

Hierüber bestand Einvernehmen.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

KTM Steiner schlug vor, den Resolutionsantrag zum Thema Kindertagesstätten in den kommenden Jugendhilfeausschuss zu verweisen, sodass dadurch eine Beschlussempfehlung an den Kreistag eingeholt werde.

KTM Waldästl ergänzte, dass aus der Beratung im Jugendhilfeausschuss ggf. ein gemeinsamer Antrag zu der Thematik resultieren könne.

4.1	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, GRÜNEN, SPD und FDP vom 24.07.2023; hier: Resolution "Finanzierung der Betreuungsvereine und der Betreuerinnen und Betreuer sicherstellen"	
-----	---	--

Der Landrat schlug vor, die Beratung über den Antrag in die kommende Sitzung des Kreistages zu vertragen.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss vertagt die Beratung in die kommende Sitzung des Kreistages.**  
**295/23**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

4.2	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, GRÜNEN und FDP vom 14.08.2023: Resolution gegen eine Zuständigkeitsverlagerung des Personenkreises U 25 aus dem SGB II in das SGB III und für eine auskömmliche Mittelausstattung der Jobcenter	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf den gemeinsamen Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNEN und FDP sowie auf den Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.09.2023.

KTM Waldästl verweist auf den Änderungsantrag seiner Fraktion. Seine Fraktion teile ausdrücklich die Kritik daran, dass der Bund Einsparungen an den Beratungsleistungen und die Integration der unter 25-jährigen vornehmen wolle. Die vorgesehene Mittelkürzung bei den Jobcentern in Höhe von 500 Millionen Euro lehne man ab. Von daher habe man an dieser Stelle Konsens mit den Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNE und FDP.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Jedoch halte man die Verlagerung der Beratung und der Beschäftigungsförderung bei den unter 25-jährigen zur Bundesagentur für Arbeit als einen sinnvollen Ansatz und haben ihn demnach anders in dem Änderungsantrag formuliert. Damit der Kreisausschuss keine der beide Resolutionen jeweils negativ abstimmen müsse, schlage er vor, dass die Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNE und FDP für ihre Resolution stimmen und seine Fraktion für ihre Resolution.

KTM Steiner bemerkte, mit der Zerschlagung der bestehenden funktionierenden Strukturen in den Jobcentern für die jungen Menschen ergebe sich das Problem, dass die Strukturen und die Trägerleistungen erst wiederaufgebaut werden müssen. Die Erfahrung zeige, dass die Jobcenter deutlich flexibler, sach- und menschenorientierter arbeiten als die Bundesagentur für Arbeit.

Darüber hinaus versuche man durch die Verlagerung der Betreuung Mittel aus dem Budget der Jobcenter freizuschöpfeln, um diese dann für den versicherungspflichtig bezahlten Bereich der Bundesagentur für Arbeit zu verwenden.

Wenn die eine Einsparung abgelehnt werden soll, müsse man konsequenterweise auch die andere ablehnen. Demnach sei es folgerichtig, der Resolution von CDU, GRÜNE und FDP zuzustimmen.

KTM Dr. Bieber verwies auf den Beschluss des Vorstandes des Landkreistages NRW, der sehr gut zusammenfasse, dass die Planungen auf Bundesebene weder durchdacht noch sinnvoll seien. Betrachte man die Haushaltsberatungen des Bundes im Sommer, wisse man, dass dieser Aufgabenverlagerung keine Organisationsuntersuchung zu Grunde lag bzw. einer Kritik an den Jobcentern.

Es sei hingegen in kürzester Zeit der Versuch des Arbeitsministeriums gewesen, aufgrund der Vorgaben des Bundesfinanzministeriums einen dreistelligen Millionenbetrag zu erhalten.

Das bedeute: nicht durchdacht, nur finanziell motiviert. Das könne er nicht gutheißen.

Von daher empfehle er, dem Resolutionsantrag von GRÜNE, FDP und CDU zuzustimmen.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

KTM Koch sagte, er plädiere dafür, den ursprünglichen Resolutionstext beizubehalten. Er habe an dem bisherigen System keine sachlich fundierte Kritik erfahren. Zudem habe er ebenfalls vernommen, dass es Interesse gäbe, eine finanzielle Verschiebung durchzuführen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Dann ließ der Landrat zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss lehnt den Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion ab.**  
**296/23**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **MB./ SPD, Enth. LINKE.**

Dann ließ der Landrat über den Resolutionsantrag der Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNE und FDP vom 14.08.2023 abstimmen.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:**  
**297/23**

**Der Kreisausschuss beschließt die nachfolgende Resolution gegen eine Zuständigkeitsverlagerung des Personenkreis U25 aus dem SGB II ins SGB III und für eine auskömmliche Mittelausstattung der Jobcenter (siehe Anhang).**

**Der Kreisausschuss bittet den Landrat, die Resolution an den Bundesminister der Finanzen, Herrn Christian Lindner und den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Herrn Hubertus Heil weiterzuleiten.**

**Darüber hinaus wird der Landrat gebeten, die Resolution den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Kreisgebiet zuzusenden, mit der Bitte sich der Resolution anzuschließen oder diese durch den Rat beschließen zu lassen.“**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig, Enth. SPD, LINKE.**

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

4.3	Resolutionsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD und FDP vom 07.09.2023: Erneute Resolution zur Geburtshilfe im Rhein-Sieg-Kreis	
-----	---	--

Der Landrat schlug vor, die Beratung über den Antrag in die kommende Sitzung des Kreistages zu vertagen.

**B.-Nr.**      Der Kreisausschuss vertagt die Beratung in die kommende Sitzung des  
**298/23**      Kreistages.

**Abst.-**  
**Erg.:**      Einstimmig.

4.4	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.08.2023: Ausbau der PiA - Ausbildungskapazitäten im Rhein-Sieg-Kreis	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD- Kreistagsfraktion sowie auf die Vorlage der Verwaltung.

Herr Wagner sagte, im Georg-Kerschensteiner Berufskolleg in Troisdorf seien alle 31 Bewerberinnen und Bewerber, die die Voraussetzungen erfüllten, in einem PiA-Platz aufgenommen worden. Kapazitäten hätte man zudem in der gymnasialen Erzieherausbildung. Dort hätten in diesem Jahr 16 Schülerinnen und Schüler den Bildungsgang belegt. Das spiegele das Dilemma wieder, das es nicht die mangelnden Schulplätze, sondern nicht genügend Menschen gebe, die diesen Beruf ergreifen wollen. Darüber hinaus gebe es viel mehr Ausbildungsgänge im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher als nur diesen PiA-Ausbildungsgang. Zudem teilen die freien Träger und die kommunalen Träger der Kita-Landschaft mit, dass es zunehmend ein Finanzierungsproblem sei, weitere PiA-Plätze zur Verfügung zu stellen.

Weiter erklärte Herr Wagner, dass man durchaus bereit sei, wenn erforderlich weitere Plätze einzurichten. Das sei mit dem Bonner Schulträger, dem Robert-Wetzlar Berufskolleg und der Bezirksregierung abgestimmt. Dieses sei bereits Gegenstand der Beratungen in den Fachausschüssen gewesen.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

KTM Waldästl entgegnete, seine Fraktion habe einen KiTa-Kongress unter Beteiligung vieler freier Träger durchgeführt. Die Träger hätten verdeutlicht, dass es abgelehnte Plätze im Rhein-Sieg-Kreis und auch am Robert-Wetzlar Berufskolleg gegeben habe. Demnach bestehe aus Sicht seiner Fraktion und nachweislich durch die Träger ein Bedarf. Man könne die Einschätzung der Verwaltung nicht teilen und bestehe weiterhin auf den Antrag.

Herr Wagner erwiderte, es sei durchaus vorgekommen, dass es Ablehnungen aus formellen Gründen oder mangels schulischer Voraussetzungen gegeben habe. Jedoch sei von der Schulleitung des Georg-Kerschensteiner Berufskollegs bestätigt worden, dass alle Bewerberinnen und Bewerber mit einem Schulplatz versorgt worden seien. Sollte es einen weiteren Anmeldeüberhang geben, sei man aufgrund des Fachkräftemangels in diesem Bereich bereit, mit der Bezirksregierung zusammen einen weiteren Bildungsgang einzurichten.

Auf Nachfrage des KTM Otter, wie viele potentielle Schülerinnen und Schüler aus anderen Gründen abgelehnt worden seien antwortete Herr Wagner, dass ca. 100 Schülerin und Schüler abgelehnt worden seien. Weiter wies er darauf hin, dass entsprechende Unterlagen nicht beigefügt wurden oder dass die Schülerinnen und Schüler letztendlich einen anderen Ausbildungsgang gewählt hätten. In anderen Ausbildungsgängen seien nach wie vor noch Kapazitäten vorhanden.

KTM Dr. Bieber sagte, er halte die Darstellung der Verwaltung für sehr differenziert und gehe deutlich über das hinaus, was die SPD-Kreistagsfraktion in ihrem Antrag zugrunde lege. Von daher halte er eine Abstimmung über die Einrichtung von Schulklassen nicht für zielführend, da aktuell kein Bedarf vorläge. Ohne konkrete Erkenntnisse und aufgrund von Aussagen Dritter die Forderung zu stellen, eine weitere Klasse einzurichten halte er des Guten zu viel. Von daher könne seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

KTM Steiner sagte, er schließe sich den Ausführungen des KTM Dr. Bieber an. Zudem müsse möglicherweise nachgebessert werden, wie man diesen Ausbildungsgang für die Schülerinnen und Schüler interessanter mache. Es sei nicht Ziel, Berufsschulklassen zu schaffen für Personen, die diese ggf. nicht annehmen wollen.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Man könne hingegen mit Fachleuten aus den Schulen die Gründe eruieren.

KTM Schäfer sagte, man müsse die Gründe für die Ablehnungen erforschen. Zudem sei es für eine Abstimmung des Antrags entscheidend, ob in der Kindertagenausbildung noch freie Plätze vorhanden gewesen seien. Das sei ein Indiz, ob tatsächlich Ausbildungsplätze fehlten.

Herr Wagner bekräftigte, dass Stand April alle Bewerberinnen und Bewerber, die die Voraussetzung erfüllt hätten, einen Schulplatz bekommen haben. Das Problem sei nicht der fehlende Schulplatz, sondern die fehlenden Kita-Träger, die in der Lage sind, weitere Ausbildungsplätze zu finanzieren. Darüber hinaus gebe es zu wenig Menschen, die diesen Ausbildungsweg beschreiten wollen.

KTM H. Becker sagte, es stelle sich aufgrund der vorherigen Wortbeiträge die Frage, ob der Antrag nicht nochmal in einem Fachausschuss beraten werden solle.

KTM Waldästl bemerkte, es gäbe keine Informationsdefizite, sondern eine unterschiedliche Auffassung hinsichtlich der Realität bei den Trägern. Seine Fraktion sei der festen Auffassung, dass mehr PiA-Ausbildungsplätze sowohl in den Kommunen als auch in den Einrichtungen benötigt werden. Seine Fraktion halte ihren Antrag aufrecht.

KTM Otter sagte, er plädiere ebenfalls für eine Ursachenforschung, was man als Kreis oder Ausbildungsträger besser machen könne, um mehr Menschen für diesen Ausbildungsweg zu gewinnen.

KTM Dr. Bieber beantragte, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Schule und Bildungskoordination zu verweisen.

Dann ließ der Landrat über den Verweisungsantrag abstimmen.

**B.-Nr.** 299/23 **Der Kreisausschuss verweist den Antrag zur weiteren Beratung in den kommenden Ausschuss für Schule und Bildungskoordination.**

**Abst.-**  
**Erg.:** Einstimmig.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
4.5	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.09.2023: Drittes Frauenhaus für den Rhein-Sieg-Kreis	

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD- Kreistagsfraktion. Er schlug vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales und Integration zu verweisen.

KTM Ruiters sagte, man habe bereits in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration versucht zu überzeugen, dass ein Bedarf eines dritten Frauenhauses erkannt werde. Insofern ergebe es wenig Sinn, den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen.

KTM Dr. Bieber beantragte die Verweisung des Antrages in den Fachausschuss. Er verwies auf die Erläuterungen der Verwaltungsvorlage im letzten Absatz, wonach das zuständige Bundesministerium derzeit ein Gesetzesvorhaben vorbereite, indem das Hilfesystem bedarfsgerecht ausgebaut werden solle.

Erst danach habe man deutlich mehr Klarheit die Bedarfe und der Kosten.

KTM Waldästl entgegnete, es sei unstrittig, dass der Kreis nicht die Istanbul Konvention erfülle und demnach ein dringender Handlungsbedarf bestehe.

Er kündigte an, dass seine Fraktion für die Sitzung des Kreistages eine namentliche Abstimmung beantragen werde, da man endlich eine Entscheidung benötige.

KTM Sonntag sagte, die SPD-Kreistagsfraktion habe am 08.03.2023 einen gleichnamigen Antrag zu dieser Thematik gestellt, der in der Sitzung des Fachausschusses beraten und ruhend gestellt worden sei. Es sei ein deutliches Zeichen, dass das Thema weiterhin im Fachausschuss liege und jederzeit aktiviert werden könne.

Es erschließe es sich ihm nicht, weshalb ein paralleler Antrag nunmehr im Kreisausschuss beraten werden solle. Der Fachausschuss müsse zunächst die Beratung abschließen und zu einem Ergebnis gelangen. Dann erst könne in der Sitzung des Kreisausschusses oder des Kreistages eine weitere Beratung erfolgen. Er sehe heute keinen Handlungsbedarf, dem Antrag zuzustimmen.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

KTM Ruiters sagte, aufgrund des Signals aus Berlin bezüglich der Finanzierung man habe seinerzeit den Antrag im Fachausschuss ruhend gestellt. Der Bedarf eines dritten Frauenhauses sei unstrittig. Jedoch müsse man priorisieren, für was man investiere. Ein nochmaliger Verweis in den Fachausschuss würde keinem weiterhelfen.

KTM Steiner merkte an, man könne als Kommune nicht immer in die Bresche springen, wenn seitens des Bundes die Aufgaben nicht erledigt werden bzw. Zusagen nicht eingehalten werden. Das sei auch ein falsches Signal gegenüber dem Bund. Vielmehr müsse über die Bundestagsabgeordneten des Kreises der Druck in Berlin erhöht werden, um diese Angelegenheiten zu regeln.

KTM Schäfer sagte, Frau Stein von der AfD-Kreistagsfraktion sei im Ausschuss für Soziales und Integration vertreten. Sie habe bestätigt, dass zum Thema Frauenhaus eine gestresste Situation vorherrsche, eine große Nachfrage nach Plätzen vorläge und eine Überlastung gegeben sei. Sie sei jedoch nicht der Ansicht, dass man bedingungslos weiteres Geld seitens des Kreises investieren solle.

Darüber hinaus halte er es hinsichtlich der Istanbul Konvention mehr als abenteuerlich, das an einem Ort wie Istanbul für die gesamte Welt entschieden werde, wie groß der Anteil von Frauenhäusern pro Personengruppe sein müsse.

Zudem halte er den Bundestag für relativ gescheit, für Deutschland eigene Richtlinien zu entwickeln.

KTM Dr. Bieber wies darauf hin, dass vor nicht mal vier Monaten ein Ausschuss einen Antrag ruhend gestellt und sich nicht neu damit beschäftigt habe. Er halte es für mehr als politisch motiviert, einen solchen Antrag zur Sitzung des Kreistages zu stellen und dann eine namentliche Abstimmung anzukündigen.

Hier werde Politik gemacht und kein Interesse an eine sachliche Lösung gezeigt.

Seine Fraktion werde beantragen, den Antrag in den Ausschuss für Soziales und Integration zu verweisen. Der Verweisungsantrag gehe dem Antrag einer namentlichen Abstimmung vor.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Weitere Wortmeldung lagen nicht vor.

**B.-Nr.**     Der Kreisausschuss verweist den Antrag zur weiteren Beratung in den  
**300/23**     Ausschuss für Soziales und Integration.

**Abst.-**  
**Erg.:**     MB./ . SPD.

4.6	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.09.2023: Kita-Kollaps verhindern	
-----	--	--

Der Landrat schlug vor, den Antrag zur weiteren Beratung in die kommende Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu verweisen.

**B.-Nr.**     Der Kreisausschuss verweist den Antrag zur weiteren Beratung in die  
**301/23**     kommende Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

**Abst.-**  
**Erg.:**     Einstimmig.

4.7	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 19.08.2023: Resolution "Unkontrollierte Immigration"	
-----	---	--

Von der TO abgesetzt.

4.8	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 19.08.2023: Deutsche Rechtschreibung	
-----	---	--

Von der TO abgesetzt.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
4.9	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.09.2023: Bonn-Berlin-Vertrag	

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.09.2023 sowie auf die Vorlage der Verwaltung.

Er wolle nicht in Abrede stellen, dass die Kreistagsmitglieder einen Informationsanspruch haben. Wegen der Vertraulichkeit würde er Informationen nur im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vertreten können.

KTM Ruiters entgegnete, es handele sich hierbei um wichtige Informationen und könne nicht nachvollziehen, weshalb diese nichtöffentlich gestellt werden.'

Der Landrat erwiderte, er sei gerne bereit im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu informieren. Darüber hinaus hätten sich insgesamt vier Gebietskörperschaften auf einen vertraulichen Umgang mit Informationen verständigt. Er sehe keine Veranlassung gegen diese Vereinbarung zu verstoßen.

5	Bericht der Stabsstelle 05 Wiederaufbau	
---	---	--

Der Landrat verwies auf nachgereichte Vorlage der Verwaltung.

Der Kreisausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

6	Kulturlandschaftsprogramm des Rhein-Sieg-Kreises: Änderung des Kulturlandschaftsprogramms des Rhein-Sieg-Kreises	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft.

B.-Nr.  
302/23

Der Kreisausschuss beschließt die Anpassung des Kulturlandschaftsprogramms des Rhein-Sieg-Kreises gemäß Rd. Erlass des MUNV 63.06.09.01 vom 12.06.2023.

Abst.-  
Erg.:

Einstimmig.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
7	Landschaftspläne	
7.1	1. Änderung Landschaftsplan Nr. 1 „Niederkassel“	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft.

**B.-Nr.**      Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und die frühzeitige Bürgerbeteiligung zur 1. Änderung des Landschaftsplanes Nr. 1 Niederkassel, sowie die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligungen zur Strategischen Umweltprüfung auf Grundlage des als Anlage 2 beigefügten Vorentwurfes (Stand 28.08.2023) mit den Bestandteilen

- Text Teil A Begründung mit integriertem Umweltbericht und Strategischer Umweltprüfung (SÜP),
- Text Teil B Vorspann und Teil C Textliche Darstellungen und Festsetzungen sowie Erläuterungen,
- Festsetzungskarte
- Entwicklungskarte
- Anlagekarte

zu beschließen.

**Abst.-**

**Erg.:**      Einstimmig.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

7.2	Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 3 "Alfter", Durchführung der Öffentlichen Auslegung	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft.

**B.-Nr.** Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Durchführung der Öffentlichen Auslegung zur Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 3 „Alfter“, sowie die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung zur Strategischen Umweltprüfung auf Grundlage der Abwägungsvorschläge der Verwaltung zu den vorgetragenen Anregungen und Bedenken (Anhänge 1 und 2) und des daraus resultierenden Entwurfes (Stand August 2023, Anhänge 5, 6, 7, 8 und 9) zu beschließen.

**Abst.-**  
**Erg.:** Einstimmig.

8	Anschlussförderung Gigabitkoordination	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus.

**B.-Nr.** Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:  
**305/23**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Anschlussförderung für die Gigabitkoordination bis 2027 gem. dem Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW vom 26.06.2022 zu beantragen.

**Abst.-**  
**Erg.:** Einstimmig.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
9	Naturarena Bergisches Land GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus und die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

**B.-Nr.**      Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:  
**306/23**

1. Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Naturarena Bergisches Land GmbH unter § 8 Ziffer 3 zu.
2. Soweit noch weitere Änderungen, insbesondere auch seitens der Kommunalaufsicht und/oder des zur Beurkundung beauftragten Notars erforderlich werden, wird diesen bereits jetzt zugestimmt, sofern die Änderungen die wesentlichen Regelungen des Gesellschaftsvertrages nicht verändern.

**Abst.-**  
**Erg.:**      Einstimmig.

10	Zweckverband Naturpark Rheinland; Erhöhung der Umlage 2024	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus.

**B.-Nr.**      Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:  
**307/23**

Der Kreistag stimmt der Erhöhung der Umlage 2024 des Zweckverband Naturpark Rheinland zu.

**Abst.-**  
**Erg.:**      Einstimmig.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

11	Verkehr und Mobilität	
----	-----------------------	--

11.1	Fortschreibung des Nahverkehrsplans im Rahmen der 5-Jahres-Strategie ÖPNV	
------	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr.

**B.-Nr. 308/23** Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Umsetzung folgender ÖPNV-Maßnahmen zum Fahrplanwechsel im Dezember 2023 zu beschließen und den Nahverkehrsplan entsprechend fortzuschreiben:

- 1) Einrichtung der Kleinbuslinie „Siegthühper“ Hennef – Stadt Blankenberg (– Uckerath) mit gleichzeitiger Optimierung der bislang im Einzugsgebiet verkehrenden Linie 592
- 2) Veränderte Verkehrstagerregelung an den Karnevalstagen
- 3) Veränderte Betriebszeitenregelung für Heiligabend

**Abst.-**

**Erg.:** Einstimmig.

11.2	Bürgeradweg L86	
------	-----------------	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr und auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

**B.-Nr. 309/23** 1. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Verwaltung zu beauftragen, die zentrale Koordination für den Bürgeradweg an der L 86 zu übernehmen. Voraussetzung ist, dass der Landesbetrieb Straßen.NRW die Planungs-, Bau- und Grunderwerbskosten zu 100% übernimmt.

2. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die in den Jahren 2023 und 2024 zur Umsetzung des Bürgeradwegs an der L86 erforderlichen Mittel außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

3. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Verwaltung zu beauftragen, die in 2025 erforderlichen Mittel bei der Mittelanmeldung zur

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Aufstellung des Haushaltsplans 2025 zu berücksichtigen.**

**Abst.-**

**Erg.: Einstimmig.**

12	Regionale Beethoven-Kultur - Zukunftskonzept; Verwendung der Restmittel von BTHVN 2020; Aktualisierung	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Sport.

**B.-Nr.**

**310/23**

**Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in 2023 ist der Kreistagsbeschluss zur Verwendung der Restmittel des BTHVN-Jubiläums vom 07.12.2022 zu aktualisieren. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:**

1. Die regionale Beethoven-Kultur wird in den Jahren 2023-2027 verstetigt. Dafür werden die sogenannten „Restmittel“ des Rhein-Sieg-Kreises aus BTHVN 2020 i.H.v. rund 210.000,- € verwendet. Die Mittel werden eingesetzt, um in den Jahren 2024 bis 2027 zusätzliche Angebote im Rahmen des jährlichen Beethovenfestes (Veranstalter Internationale Beethovenfeste Bonn gGmbH) für das Kreisgebiet zu finanzieren. Hierzu zählen insbesondere Konzerte und Veranstaltungsformate als Fokusprojekte.

**Die Kämmerin wird gebeten, die jeweils am Jahresende verfügbaren Restmittel bis in das Jahr 2027 zu übertragen.**

**Abst.-**

**Erg.: Einstimmig.**

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

13	Fortschreibung Rettungsdienstbedarfsplan 2023	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz.

**B.-Nr.** Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:  
**311/23**

Der Kreistag beschließt die als Anhang beigefügte Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans gemäß § 12 des Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (Rettungsgesetz NRW - RettG NRW).

**Abst.-**  
**Erg.:** Einstimmig.

14	Bildung einer Trägergemeinschaft zur Einführung eines Telenotarztsystems für die Bundesstadt Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz.

**B.-Nr.** Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:  
**312/23**

Die Verwaltung wird zur Etablierung eines Telenotarztsystems ermächtigt. Dabei wird die in der Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Rettungsgesetz NRW zwischen der Bundesstadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis abgeschlossen.

**Abst.-**  
**Erg.:** Einstimmig.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

15	Befreiung von der Aufstellung des kommunalen Gesamtabschlusses per 31.12.2022	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige (Enth. DIE LINKE) Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

B.-Nr. 313/23 Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Voraussetzungen gem. § 116a Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses liegen bezogen auf den Stichtag 31.12.2022 vor.“

Abst.-

Erg.: Einstimmig, Enth. LINKE.

16	Kenntnisnahme von Niederschriften	
----	-----------------------------------	--

16.1	Kenntnisnahme von den Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses für Schule und Bildungskoordination am 04.05.2023 und 13.06.2023	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

16.2	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 09.05.2023	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

16.3	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 15.05.2023	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

16.4	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 22.05.2023	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

16.5	Kenntnisnahme von den Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Bau- und Vergabeausschusses am 24.05.2023, 21.06.2023 und 17.08.2023	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von den Niederschriften Kenntnis.

16.6	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.05.2023	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von den Niederschriften Kenntnis.

16.7	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus am 30.05.2023	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von den Niederschriften Kenntnis.

16.8	Kenntnisnahme von den Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 01.06.2023 und 05.07.2023	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von den Niederschriften Kenntnis.

16.9	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 15.06.2023	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von den Niederschriften Kenntnis.

19. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

16.10	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 11.05.2023	
-------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von den Niederschriften Kenntnis.

16.11	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 3. Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 22.03.2023	
-------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von den Niederschriften Kenntnis.

16.12	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 10.05.2023	
-------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von den Niederschriften Kenntnis.

17	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Der Landrat teilte mit, der Kreisverband Rassegeflügelzüchter Rhein-Sieg e.V. habe die Genehmigung zur Nutzung des Kreiswappens für die allgemeine Nutzung und die weitere vereinsbezogene Arbeit beantragt.

Es werde beabsichtigt, wie in vergleichbaren Fällen, die Genehmigung zu erteilen.

Weitere Mitteilungen bzw. Anfragen lagen nicht vor.

Dann beendete der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Ende des öffentlichen Teils**



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg



zu TOP 4.2



An den  
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises  
Herrn Sebastian Schuster  
Kreishaus

14.08.2023

53721 Siegburg

nachrichtlich:  
Fraktionen/Gruppen

**Resolution gegen eine Zuständigkeitsverlagerung des Personenkreises U25 aus dem SGB II in das SGB III und für eine auskömmliche Mittelausstattung der Jobcenter**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
lieber Sebastian,

die Fraktionen von CDU, GRÜNE und FDP beantragen zum nächsten Kreisausschuss:

„Der Kreisausschuss beschließt die nachfolgende Resolution gegen eine Zuständigkeitsverlagerung des Personenkreis U25 aus dem SGB II ins SKB III und für eine auskömmliche Mittelausstattung der Jobcenter.

Der Kreisausschuss bittet den Landrat, die Resolution an den Bundesminister der Finanzen, Herrn Christian Lindner und den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Herrn Hubertus Heil weiterzuleiten. Darüber hinaus wird der Landrat gebeten, die Resolution den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Kreisgebiet zuzusenden, mit der Bitte sich der Resolution anzuschließen oder diese durch den Rat beschließen zu lassen.“

Die Resolution mit der entsprechenden Begründung ist dem Antrag beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Torsten Bieber  
Matthias Schmitz  
Hildegard Helmes

Ingo Steiner  
Manuela Gardeweg  
Wolfgang Haake

Christian Koch  
Silke Josten-Schneider

f. d. R. Eva Weller



CDU-Kreisfraktion Rhein-Sieg



**Resolution gegen eine Zuständigkeitsverlagerung des Personenkreises U25 aus dem SGB II in das SGB III und für eine auskömmliche Mittelausstattung der Jobcenter**

Die Jobcenter sind für langzeitarbeitslose Menschen und ihrer Familie gerade in Krisenzeiten ein Garant für gleichwertige Entwicklungschancen. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, die Bürgergeldreform und insbesondere der Ukrainekrieg stellen die Jobcenter immer wieder vor große und neue Herausforderungen. Eine ganzheitliche Betreuung der Familien mit einem integrierten Ansatz und eine auskömmliche Mittelausstattung sind dabei die wesentliche Basis für eine wirksame Umsetzung des sozialstaatlichen Auftrags der Jobcenter.

**Bei der Betreuung des Personenkreises U25 darf es keinen Paradigmenwechsel in die falsche Richtung geben.**

Der Bund plant eine Zuständigkeitsverlagerung des Personenkreis U25 ins SGB III. Dazu darf es nicht kommen: Der Zuständigkeitswechsel würde die Beratung und Betreuung der Jugendlichen bei der Ausbildungs-suche und der Arbeitsförderung aus einer Hand aufheben.

Die Verlagerung der Menschen vom Jobcenter zur Bundesagentur für Arbeit zerstört das aktuell gut aufgestellte und mit jahrelanger Erfahrung bewährte Beratungssystem im Jobcenter mit passgenauen Angeboten für die unter 25-jährigen Hilfesuchenden. Es besteht die Gefahr, dass eingespielte Hilfesysteme entfallen, die neue Arbeitsmarktdienstleistungen der Bundesagentur für Arbeit existieren noch nicht. Für viele Jugendliche ist somit ein geregelter und passgenauer Übergang von der Schule in Ausbildung oder Arbeit nicht gewährleistet. Neue und aufwändige Schnittstellen zwischen Jobcenter und Bundesagentur für Arbeit würden die Bürokratie und die Verwaltungskosten erhöhen sowie die Abläufe zu Lasten der Jugendlichen deutlich verkomplizieren.

Die ganzheitliche Betreuung der Bedarfsgemeinschaften und der Familien durch die Jobcenter würde zerschlagen. Bestehende und von den Jugendlichen akzeptierte Angebots- und Beratungsstrukturen würden zunichte gemacht und die Zielsetzungen des erst neu eingeführten Bürgergeldes unterlaufen. Gerade die Kontaktdichte der Jobcenter sowie deren Vernetzungen und Kooperationen vor Ort im Rahmen einer intensiven Sozialarbeit für die ganze Familie sind Erfolgsfaktoren, die mit der Zuständigkeitsverlagerung verlorengingen. Daher ist die Zuständigkeitsverlagerung strikt abzulehnen und an der Verantwortlichkeit für Kundinnen und Kunden der Jobcenter, ggf. im Familienkreis als Ganzes festzuhalten.

**Wenn der Bund beim Haushalt der Jobcenter an der falschen Stelle spart, zahlt die Gesellschaft am Ende den doppelten Preis.**

Die Bundesregierung plant neben der Absenkung der Titel für Eingliederungs- und Verwaltungskosten im Jahr 2024 um 500 Mio. Euro auch eine Reduzierung der KdU-Bundesbeteiligung um 700 Mio. Euro. Diese Kürzungen müssen unbedingt unterbleiben. Für die Umsetzung des Bürgergeldes und die Betreuung langzeitarbeitsloser Menschen und ihrer Familien brauchen die Jobcenter mehr Geld und nicht weniger. Mit den für 2024 angekündigten massiven Kürzungen können die Jobcenter ihren vielfältigen Aufgaben nicht mehr nachkommen, was unabsehbare Folgen für den Sozialstaat hätte.

Durch die Verlagerung von U25 zur BA werden die nicht unerheblichen Kosten für die aktiven Arbeitsmarktleistungen für diese Kundengruppe "elegant" auf die Beitragszahler/Versicherten der BA umgelenkt. Bisher gab es hier eine klare Trennung in den Leistungssystemen. Mit der Regelung würde diese umgangen und die Beitragszahler (alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) kommen für diese Leistungen auf.

Allein über das neue Bürgergeld stellen die Jobcenter derzeit für 5,7 Millionen Menschen den Lebensunterhalt sicher und eröffnen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Die damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben erfordern zusätzliche auskömmliche Mittel. Werden die geplanten Kürzungen umgesetzt, können weder die betroffenen Menschen wirksam unterstützt werden, noch können weitere Arbeitskräfte für die Wirtschaft gewonnen werden.

Die Jobcenter benötigen auf Dauer verlässliche Rahmenbedingungen sowie angemessene finanzielle und personelle Ressourcen, um weiterhin ihren wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung und zur Sicherung des sozialen Friedens leisten zu können.